



„GRÜNE WOCHE 1961“. Schirmherr Bundespräsident Lübke erhält bei einem ersten Rundgang ein holländisches Gastgeschenk. (ap-Foto)

## Neuer Beginn

K.W.B. Die Zeit ohne Amerika ist nun endgültig vorbei. Mit einem sehr ausgewogenen und gezielten Pathos hat Kennedy vor dem Capitol zu Washington angekündigt, wie sehr die nun kommende Zeit eine Zeit mit Amerika sein soll. Deutlich fällt der Kontrast ins Auge, der die warme Besorgtheit in Eisenhower's Abschiedsbotschaft von dem hellen, aber ernsten Appell des neuen Präsidenten trennt. Aber wer aus dem neuen Stil der feierlichen Selbstverpflichtung einen Anspruch auf ein neues Amerika oder gar eine Absage an das bisherige herauslesen möchte, wird sich vergeblich bemühen. Der neue Präsident sucht nicht nach einem neuen Amerika. Er drängt nach einer neuen Methode, die Macht und das Gesicht der amerikanischen Weltmacht zum Angelpunkt für eine Politik globalen Ausmaßes zu machen. Kennedy hat — ganz im Gegensatz zu allen Erwartungen — bei seiner Inthronisationsrede kaum einen Blick auf die im Wahlkampf so scharf hervorgekehrte innere Situation Amerikas geworfen. Sein Auge schweifte hinaus in die Welt der Freunde und Gegner. Wie er ihnen, die alle auf das erste Wort des neuen Staatschefs gewartet haben, antwortete, war schon ein Programm.

Vom neuen Beginn spricht Kennedy, wenn er an Moskau und die Staaten auf der anderen Seite denkt. Aber auch von der Notwendigkeit, die Macht und die Kraft fest und unbeschränkt zu besitzen, zu mehren und zu vergrößern. Der neue Präsident fordert zum neuen Beginn des Überdenkens der gegenseitigen Machtverhältnisse auf, und er setzt dieser Aufforderung die unübersteigbare Grenze: Bis zur Antastung der Freiheit. Die Chance, einen neuen Anfang zu fordern, kann sich der neue Repräsentant der westlichen Führungsmacht herausnehmen. Es mag eine Einladung an Chruschtschow sein; aber kein Roosevelt läßt ein, wie ihn der Kreml erhofft hat, sondern offensichtlich ein amerikanischer Präsident, der die Weltverantwortung Amerikas für die Erhaltung und Mehrung der Freiheit in der Welt als wesentliche Aufgabe erkennt.

Es ist gewiß nicht sensationell, wenn ein amerikanischer Politiker sich der Freiheit als dem Hauptmotiv seiner Politik verschreibt. Doch Kennedys Programm macht Eindruck, weil er dieses Hauptmotiv offensichtlich an den Realitäten der Machteinflüsse und Machtdrohungen in der ganzen Welt kontrollieren will. Wenn er von den Verbündeten und Freunden spricht, denkt er zugleich an eine notwendig größere gemeinsame Anstrengung; er versichert deutlich die Hemisphäre Amerikas und seiner amerikanischen Schwesternrepubliken ihrer unantastbaren Selbstbestimmung; er zeigt für die Freiheit der afrikanischen Staaten ebensoviel Begeisterung wie Zorn für den Versuch, eines neuen, noch ärgeren Kolonialismus. Und er nimmt das Recht auf die größte und umfassendste Waffenmacht auch für die Pflicht, zu einem Ausgleich der Waffen und zu einer Abrüstung mit denen zu kommen, die den Rüstungslauf erzwungen haben.

★

Ein neues Amerika? Eisenhower wird sicher im Programm Kennedys ein wesentliches Stück von dem erkennen können, was während seiner acht Jahre bewahrt und getan werden konnte. „Eine neue Generation übernimmt die Fackel“, sagte Kennedy. Das ist ein gutes Wort; denn die amerikanische Mannschaft bekommt in ihrem Stafettenlauf um die Freiheit einen neuen Läufer. Da die Konkurrenz auf diesem Teil der Weltstrecke drüben im Osten besonders stark ist, tut ein Läufer mit neuem Laufstil not. Er könnte erfolgreicher sein, zumal er die Methoden des Gegners aus der Erfahrung studieren konnte, die sein Vorläufer machen mußte. Der Start Kennedys hat insoweit der freien Welt Eindruck gemacht. Die Nervosität, die nach seiner Wahl viele Politiker und Staatsmänner in der freundlichen und gegnerischen Welt ergriffen hatte, wird sich nun legen. Den Kurs des neuen Mannes von Amerika zu erkunden und möglichst ein Wort bei ihm mitzusprechen, wird niemand mehr Eile zu haben brauchen. Wenn das Pathos des Programms vom 20. Januar auch seinen Widerklang in der nun beginnenden politischen Alltagsarbeit findet,

wird man mit einem Amerika zu rechnen haben, das seinen bisherigen Kurs jetzt mit planvoller, gesammelter Energie verfolgt.

★

Während der Zeit ohne Amerika war entgegen vielen Befürchtungen durchaus auch die Anwesenheit Amerikas in der Weltpolitik zu spüren. Das halbe Jahr des Wahlkampfes bis zum 20. Januar hatte wohl die planvolle Mitwirkung der Vereinigten Staaten in den weltpolitischen Entwicklungen gelähmt. Es konnten in dieser Zeit allenfalls Reaktionen aus den USA, aber niemals Aktionen kommen. Aber die Befürchtung, daß es inzwischen den Sowjets gelingen könnte, einen wesentlichen Einbruch in die Positionen der Freiheit zu erringen, erwies sich als hinfällig.

Nun aber kann Amerika aus der Zone des Abwartens herausstoßen. Es wird mit Kennedy zwei Phasen des amerikanischen Verhaltens überspringen: Die Phase der bloßen Verteidigung, die zum Signalement der Eisenhower-Ära geworden war, und die des einfachen Da-Seins, wenn die Not unüberhörbar an die Tür klopfte. Wer aus diesen beiden Phasen der Verteidigung der Freiheit in eine dritte vorstoßen will, hat Aufgaben, die gewiß nicht in einer Regierungsperiode enden. Präsident Kennedy wird die Zustimmung aller Freunde und Verbündeten Amerikas haben, wenn er diese säkulare Aufgabe, so wie er sie proklamiert hat, immer unter der Flagge der Freiheit in Angriff nimmt.

## Noch 700 Anwälte

Berlin (Eigenmeldung). In der gesamten sowjetischen Besatzungszone Deutschlands einschließlich des Sowjetsektors von Berlin gab es nach Feststellungen des Untersuchungsausschusses Freieilicher Juristen Mitte Januar nur noch 703 Rechtsanwälte. Von ihnen können 447 nicht mehr frei praktizieren, sondern gehören einem Anwaltskollegium an. Als Vorsitzende der fünfzehn Anwaltskollegien in den Bezirken der Zone und in Ostberlin fungieren ausnahmslos Anwälte, die der SED angehören.

# Kontakte Bonn — Warschau

Gespräch Adenauer-Beitz — Vorerst keine diplomatischen Beziehungen

W. Bonn (Eigenbericht). Die Bundesregierung und die polnische Regierung werden amtliche Kontakte miteinander aufnehmen, um die Frage ihrer Beziehungen zu erörtern. Dies wurde vom Bundespressamt in Bonn nach einer etwa halbstündigen Unterredung zwischen Bundeskanzler Adenauer und dem Generalbevollmächtigten der Firma Krupp, Beitz, mitgeteilt. In der Mitteilung heißt es weiter, Beitz habe mit Billigung des Bundeskanzlers und des Auswärtigen Amtes zwei Reisen nach Warschau unternommen. „Nach der Rückkehr von seinen Reisen hat er dem Bundeskanzler berichtet. Es ist vorgesehen, daß nunmehr weitere Besprechungen zwischen amtlichen Stellen stattfinden.“

In Bonn drängt jetzt alles zu einer Erörterung des deutsch-polnischen Verhältnisses auf breiterer Grundlage. Der Bundeskanzler wird darüber in den nächsten Wochen verschiedene Unterredungen haben, u. a. auch mit Vertretern der Vertriebenenverbände. Gleichzeitig bemüht sich ein vom Auswärtigen Ausschuss des Bundestages eingesetzter Arbeitskreis, seine Prüfung dieser Frage möglichst bald abzuschließen. Parallel finden auch neue Erörterungen im Auswärtigen Amt statt.

Es läßt sich schon jetzt mit großer Wahrscheinlichkeit voraussagen, daß alle diese Prüfungen das gleiche Resultat haben werden: Die Bundesregierung wird — entsprechend der Ankündigung, die Staatssekretär Carstens vor einigen Tagen im Auswärtigen Ausschuss gemacht hat — in diesem Jahr noch keine diplomatischen Beziehungen zu Polen aufnehmen. Zu groß erscheinen ihr und den maßgebenden Kreisen der Regierungspartei die damit verbundenen Nachteile: einerseits die Notwendigkeit, sich mit der schwierigen Oder-Neiße-Frage

auseinanderzusetzen, andererseits die Gefahr, daß eine Reihe neutraler Staaten den Botschaf-teraustausch zwischen Bonn und Warschau zum Anlaß nimmt, das kommunistische Regime in Ostberlin anzuerkennen.

Die Reisen des Krupp-Bevollmächtigten Beitz stehen im Zusammenhang mit dem Drängen

der westlichen Verbündeten, das Verhältnis zu Polen zu bereinigen. Gegenwärtig wird z. B. geprüft, ob bei der Einrichtung einer Handelsmission die Gefahr einer indirekten Anerkennung der Oder-Neiße-Linie bestehen würde. Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Gefahr auftaucht, sobald konsularische Beziehungen zwischen Bonn und Warschau aufgenommen werden; denn der deutsche Konsul in Warschau käme nicht umhin, auch in den deutschen Ostgebieten tätig zu werden — und damit würde er die Zugehörigkeit dieser Gebiete zu Polen anerkennen. Ob der Leiter einer deutschen Handelsmission in einer besseren Lage wäre, ist zweifelhaft.

## Berliner Student verschwunden

Ostreferent des LSD hatte Kontakt zur FDJ

Berlin (Eigenbericht/dpa). Für das Verschwinden des Philologie-studenten und Ostreferenten des Liberalen Studentenbundes Koniacki aus Westberlin gibt es immer noch keine hinreichende Erklärung. Dies gab am Montag der LSD auf einer Pressekonferenz in Berlin bekannt. Auch die politische Polizei tappt noch im dunkeln. Das einzige Ergebnis ihrer bisherigen Untersuchung ist die Feststellung, daß der Student kurz vor seinem Verschwinden mit einem Tschechen verabredet war.

Koniacki wurde zuletzt am 14. Januar gesehen, als er zusammen mit einem Vorstands-

kollegen Bahnkarten für eine Fahrt nach Bonn kaufte. Am 15. Januar erschien er dann aber nicht, wie verabredet, auf dem Bahnhof Zoo. Seither fehlt jede Spur.

Die Sprecher des LSD teilten mit, daß Koniacki als Ostreferent Kontakte mit FDJ-Funktionären hatte und auch im Oktober 1960 als Beobachter an der kommunistischen Studentenkonferenz in Bagdad teilnahm. Auf dieser Konferenz soll es zu erregten Kontroversen zwischen ihm und kommunistischen Studentenvertretern gekommen sein. In der Dezemberausgabe der FDJ-Zeitschrift „Junge Generation“ wurde er daraufhin bezichtigt, „im Stil eines Lemmer - Angestellten Hetzreden“ gehalten zu haben.

Die DS-Sprecher, die in der letzten Woche vergeblich versucht hatten, bei Ostberliner Stellen etwas über Koniackis Schicksal zu erfahren, teilten außerdem mit, daß der Verschwundene für ein Düsseldorfer Übersetzungsinstitut gearbeitet und dabei monatlich 400 DM verdient habe. Er sei auch regelmäßig von einem Angestellten des Düsseldorfer Instituts mehrere Tage im Monat besucht worden, wofür das Institut einen Teil seiner Miete bezahlt habe.

## Risse in Frankreichs KP

Meinungsverschiedenheiten wegen Algerien-Referendum

Paris (upi). Die Kommunistische Partei Frankreich hat schwerwiegende Meinungsverschiedenheiten zugegeben und zwei führende Parteifunktionäre als „Opportunisten“ verurteilt.

Das Politbüro der Partei hat eine offizielle Erklärung veröffentlicht, in der die führenden Funktionäre Servin und Casanova der Abweichung von der Parteilinie beschuldigt werden. Die Wähler der Partei

werden aufgerufen, sich um ihr Zentralkomitee, ihr Politbüro und um ihren Generalsekretär Thorez zu scharen.

Generalsekretär Thorez hatte sich im Einklang mit der Mehrheit des Politbüros bei der Algerien-Abstimmung für ein entschlossenes „Nein“ der Wähler eingesetzt, während Servin und Casanova für die Abgabe von „Ja“-Stimmen eingetreten waren.

## Schwieriger Weg

W. Bonn. — Seit mehr als 150 Jahren sind die Polen die am meisten bemitleidete und bewunderte Nation der Welt. Überall schlägt dem polnischen Volk, das über eineinhalb Jahrhunderte seine Selbständigkeit verlor, aber auch im Unglück mit Leidenschaft seine Eigenart verteidigte, warme Sympathie entgegen. Jeder Amerikaner lernt in der Schule die heroische Geschichte Kosciuszkos, des polnischen Adjutanten Washingtons im amerikanischen Befreiungskrieg, der, aus Amerika heimkehrend, vergeblich für die Freiheit Polens kämpfte; jeder Franzose die von Stolz und Trauer durchzogene Geschichte der jungen Gräfin Maria Walewska, die sich ihrem Volke opferte und die Geliebte Napoleons wurde. Wenn Polen mit irgendeinem anderen Lande im Konflikt liegt, werden die Menschen in London, Paris und New York immer mit dem Herzen auf der Seite der Polen stehen.

Auch in Deutschland hat es im vorigen Jahrhundert eine Zeit gegeben, in der unser Volk die etwas sentimentale Polenbegeisterung teilte. Die Gedichte Lenaus und Platens zeugen davon. Nach der Wiederherstellung Polens aber und mehr noch nach dem zweiten Weltkrieg, als Polen Unrecht mit Unrecht vergalt und sich die deutschen Provinzen jenseits der Oder aneignete, ist in unserem Lande eine kühle Stimmung gegenüber dem östlichen Nachbarn entstanden. Als die Polen es im Herbst 1956 verstanden, sich als erstes Land hinter dem Eisernen Vorhang ein wenig aus der Umklammerung des sowjetischen Bären zu befreien, flammte vorübergehend etwas die alte Liebe noch einmal auf. Bald aber legte das Grenzproblem wieder seinen kalten Schatten auf das Verhältnis zwischen Polen und Deutschland.

Seit dieser Zeit drängen die westlichen Verbündeten, ihre öffentliche Meinung ebenso wie ihre Regierungen, ständig mit bald sanftem, bald gesteigertem Nachdruck auf eine Bereinigung zwischen Warschau und Bonn. Da die Stimmungslage in diesen Ländern gegenüber Polen ganz anders ist als bei uns, herrscht

natürlich wenig Verständnis für die deutschen Vorbehalte. Bisher hat die Bundesregierung aber immer noch die Entwicklung aufhalten können, indem sie die beiden Hindernisse in den Vordergrund schob, die einer Normalisierung entgegenstehen: Die Unmöglichkeit, in der Oder-Neiße-Frage vor dem Abschluß eines Friedensvertrages zu endgültigen Entscheidungen zu gelangen, ohne die Empfindungen der Heimatvertriebenen aufs tiefste zu verletzen, und die andere Unmöglichkeit, normale Beziehungen zu Polen aufzunehmen, ohne daß dadurch der Weg für die internationale Anerkennung des kommunistischen Regimes in der Sowjetzone freigegeben wird. Mehr und mehr erkennt man aber, daß die Bundesrepublik, wenn es zu einer allgemeinen Entschärfung der weltpolitischen Fronten kommt, auf

die Dauer nicht abseitsstehen kann.

Hier liegt der Grund für die zaghaften Kontakte, die in den letzten Wochen zwischen Bonn und Warschau stattgefunden haben, hauptsächlich über den Krupp-Generalsbevollmächtigten Beitz, der mit dem polnischen Ministerpräsidenten Cyrankiewicz persönlich bekannt ist. Die Gedanken richten sich jetzt offenbar auf die Einrichtung einer deutschen Handelsmission in Warschau. Wenn Bonn sich im Laufe der nächsten zwölf oder achtzehn Monate langsam, ohne Enthusiasmus, aber auch ohne übertriebenen Widerwillen, auf den Weg nach Warschau begibt, so geschieht es, um einigermaßen im Gleichschritt mit den westlichen Verbündeten zu bleiben. In der Politik muß man nicht nur den Tatsachen Tribut zahlen, sondern oft auch den Empfindungen.

## Agenten-Zentrale zerschlagen

### 16 Kommunisten in Hamburg verhaftet

Karlsruhe (dpa). Die Bundesanwaltschaft bestätigte am Donnerstag die am Vortage bekanntgewordene Aktion gegen eine kommunistische Untergrund-Organisation. Wie die Bundesanwaltschaft mitteilte, sind 16 Mitglieder eines in der Bundesrepublik aufgebauten Propaganda-Apparates der kommunistischen Zonengewerkschaft (FDGB) in Untersuchungshaft genommen worden. Außerdem seien die Einrichtungen von vier Druckereien, zehn Kraftfahrzeugen, Zehntausende von Druckschriften, 14 000 Mark sowie große Mengen von Versandmaterial sichergestellt worden.

Nach Angaben der Bundesanwaltschaft sind die Ermittlungen gegen den Propagandaring am Montag (23. 1.) aufgenommen worden. Sie erstreckten sich auf Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Der Verfassungsschutz, so heißt es in der Mitteilung, habe beobachtet, daß eine Untergrund-Organisation des FDGB seit langem Agitationschriften gedruckt und verteilt habe. Die Schriften sollten überwiegend der kommunistischen Unterwanderung der Gewerkschaften dienen.

Die Manuskripte wurden durch Instruktoren und Kuriers des FDGB in der Bundesrepublik gebracht und insbesondere im Raum Hamburg gedruckt. Die Hamburger Zentrale habe das Propaganda-

material in Einzelbriefen und Paketsendungen an Unterverteiler im ganzen Bundesgebiet weitergeleitet.

Wie ein Sprecher der Bundesanwaltschaft mitteilte, hat der Verfassungsschutz den Verteilerapparat fast ein Jahr lang beobachtet. Dem Kreis gehören über 20 Beschuldigte an. Zentrale Figur sei ein gewisser Peter Umland aus Brunsbüttelkoog, der früher Funktionär der Kommunistischen Partei war. Auch der in Hamburg verhaftete Gasableser Werner Wischmann habe eine wichtige Rolle gespielt. Unter den Festgenommenen befänden sich keine Instruktoren oder Kuriers. Seit der Aufdeckung des Apparates habe niemand mehr die Hamburger „Anlaufstelle“ aufgesucht.

# Frieden an der Alpengrenze?

Wien und Rom verhandeln wieder über Südtirol

## O. Wien (Eigenbericht)

In diesen Tagen werden in Mailand die seit vielen Monaten unterbrochenen österreichisch-italienischen Verhandlungen über Südtirol wieder aufgenommen. Zum erstmaligen werden sich die Außenminister der beiden Staaten selbst gegenüberstehen, womit nun auch Rom — durch den Spruch der letzten UNO-Generalversammlung veranlaßt — indirekt zugibt, daß die Südtirolfrage keine interne Frage Italiens, sondern ein Streitfall ist, der Österreich im Hinblick auf den Pariser Vertrag von 1946 das Recht auf Mitsprache sichert.

Die auf Grund einer Empfehlung der Vereinten Nationen wieder aufgenommenen zweiseitigen Verhandlungen beziehen sich auf die Auslegung des 1946 in Paris unterzeichneten Gruber-de-Gasperi-Abkommens, das die Rechte der deutschsprachigen Bevölkerung in Südtirol garantieren soll. Streitpunkt ist vor allem die Vereinigung der Provinz Bozen mit der Provinz Trient. In der dadurch entstandenen Region Trentino-Oberetsch befindet sich die deutschsprachige Bevölkerungsgruppe in der Minderheit.

## Ruf nach Autonomie

Die erste österreichisch-italienische Begegnung auf Ministerienebene wird nur kurz sein und kann keine endgültigen Ergebnisse bringen, da ja viele Detailfragen erörtert werden müssen. Allerdings werden die Besprechungen zwischen Kreisky und Segni darüber Aufschluß geben, ob sich eine Lösung der Streitfrage wenigstens anbahnt oder aber neuerdings internationale Instanzen beschäftigt werden müssen. Was Österreich betrifft, steht zu erwarten, daß Außenminister Kreisky — wie schon in New York — mit der Mindestforderung auf Autonomie für Südtirol operieren wird — eine Taktik, die freilich in Österreich schon von Anfang an nicht ohne Widerspruch blieb, weil man sagte, das Minimum der Postulate lasse eben keine Abstriche mehr zu und er-

schwere dadurch ein für die Südtiroler annehmbares Kompromiß.

## Vorgespräch in Rom

Natürlich weiß man in Wien nicht, wie Segni auf die Autonomieforderung diesmal reagieren wird — aber verschiedene Anzeichen deuten doch darauf hin, daß Ministerpräsident Fanfani daran gelegen ist, diese Quelle jahrelangen Haders zum Versiegen zu bringen. Man er-

\*\*\*\*\*

## Verhandlungen bereits gescheitert

Mailand (ap). Die österreichisch-italienischen Verhandlungen über Südtirol wurden nach zwei Tagen ergebnislos abgebrochen. Die österreichische Delegation verließ demonstrativ den Verhandlungssaal in der Villa Comunale in Mailand, nachdem sich in der Konferenz keine Aussichten auf eine Annäherung der Standpunkte ergeben hatten. Die beiden Delegationschefs, der österreichische Außenminister Kreisky und der italienische Außenminister Segni, veröffentlichten ein Communiqué, in dem nicht einmal ein Termin für eine Fortsetzung der Gespräche genannt wird.

\*\*\*\*\*

wartete daher, daß Segni den Österreichern verschiedene Vorschläge machen wird, die zwar nicht eine regelrechte Sonderautonomie für Südtirol bringen werden, aber doch die zu zwei Dritteln deutschsprachige Provinz Bozen in die Lage versetzen sollen, gewisse Sachgebiete wie Wohnbau, Arbeitsämter, Gemeinden usw. zu kontrollieren, wodurch sich eine De-facto-Autonomie ergeben würde, die den Südtirolern die Möglichkeit gäbe, ihre Geschicke weitgehend selbst zu gestalten.

Um diese Fragen dürften sich auch die Gespräche gedreht haben, die der Landeshauptmann von Südtirol, Magnago, dieser Tage mit dem italienischen Vizepräsidenten Piccioni in Rom geführt hatte. Sie deuten jedenfalls an, daß man in italienischen Regierungskreisen die Existenz eines geschlossenen fremdvölkischen Blocks in Südtirol zur Kenntnis genommen hat und nun versucht, einen Modus vivendi zu finden, der auch die Billigung der Südtiroler bekommt. Die Zustimmung der 250 000 Südtiroler ist überhaupt die Voraussetzung für die Entspannung an der Brennergrenze, weshalb die österreichische Regierung sicher keiner Lösung zustimmen wird, die ohne das Placet der Minderheit ist.

## Was bringt Mailand?

Sollte die Konferenz von Mailand eine Lösung sichtbar machen, ist mit der Bildung von verschiedenen Komitees zu rechnen, die für eine zweite Ministerzusammenkunft, etwa im März, die Wege ebnen könnten. Erst bei diesem zweiten Treffen, das dann in Österreich stattfinden würde, wäre Anlaß zu der Hoffnung auf Frieden und Freundschaft an der Alpengrenze gegeben.

## Per Stehplatz fliegen?

London (dpa). Ein britischer Fachmann der Luftfahrt und der Flugzeugindustrie hat vorgeschlagen, ernsthaft die Einführung billiger Stehplätze in Flugzeugen auf sehr kurzen Strecken zu erwägen. Der frühere Präsident der Hunting-Flugzeugwerke, Sir Percy Hunting, hat festgestellt, daß in vielen Londoner Theatern der Zwischenraum zwischen den Sitzreihen sehr viel geringer ist als in den Flugzeugen, ohne daß sich die Theaterbesucher beschweren. Die Flugzeugpassagiere würden wahrscheinlich einige Unbequemlichkeiten in Kauf nehmen, wenn sie auf kurzen Strecken sehr viel billiger reisen könnten.

# Hunger-Katastrophe in China

## Reisernte fast völlig zerstört — Zwangsmaßnahmen gegen Bauern

Bereits im Herbst vergangenen Jahres tauchten einzelne Berichte auf, wonach die chinesische Ernte 1960 eine ausgesprochene Mißernte gewesen sei und voraussichtlich der Anschluß an die neue Ernte nicht erreicht werden könne. Das volle Ausmaß dieser Mißernte, die sich in eine Hungerkatastrophe gigantischen Ausmaßes auswächst, läßt sich erst jetzt aus einzelnen Maßnahmen der chinesischen Regierung, Mitteilungen des Parteiorgans „Shenminshibao“, aus ausgesprochenen Notstandsmaßnahmen des östlichen Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe erkennen. All das zusammengefaßt, ergibt sich nachfolgendes grauenhaftes Bild.

Wien (Eigenbericht)

Aus Meldungen von „Shenminshibao“ ergibt sich, daß im Jahre 1960 China die größten Naturkatastrophen seit 80 Jahren erlebte. Einerseits durch Dürre, andererseits durch gigantische Wolkenbrüche und Überschwemmungen wurden mehr als 60 Prozent des gesamten Ackerbodens betroffen. Im vergangenen Jahr wurden nicht weniger als 25 Taifune registriert, welche in einem Gebiet, welches durchschnittliche Niederschlagsmengen im Jahr von 660 mm (Provinz Liaonin) kannte, binnen weniger Stunden Wolkenbrüche von 230 mm verursachten. Im Durchschnitt waren die Niederschlagsmengen in den Küstengebieten bis neunfach so hoch als in Normaljahren. In den Zentralprovinzen gab es hingegen 200 bis 300 Tage überhaupt keine Niederschläge. Die Felder der dortigen Volkskommunen trockneten buchstäblich aus.

### Schäden unüberschbar

In den Überschwemmungsgebieten wurden im Durchschnitt nur 15 bis 25 Prozent der Ernte gerettet. Die Verluste an Vieh und landwirtschaftlichen Maschinen als Folge der Überschwemmungen sind vorläufig noch gar nicht überschbar.

Scharfe Maßnahmen der kommunistischen Regierung versuchen dieser gigantischen Katastrophe Herr zu werden. Unauffällig wurde das bisherige Verbot der Einfuhr von Lebensmittelpaketen aus dem Westen — das Verbot war erlassen worden, um zu unterstreichen, daß in China Überfluß herrsche — aufgehoben und damit sogar der „Verlust

des Gesichts“ gegenüber den anderen asiatischen Staaten, in Kauf genommen. Während früher bei Überschwemmungen größeren Ausmaßes Millionen Flüchtlinge im Land umherirrten und die nicht in Mitleidenschaft gezogenen Gebiete mit in das Chaos rissen, hat ein Befehl unter Androhung der Todesstrafe das Verlassen der Volkskommunen verboten.

### Keine Reserven mehr

Noch im Früherbst erfolgten in den Notstandsgebieten Anpflanzungen von Getreide- und Futterpflanzen; eine Ernte konnte noch vor dem Winter erwartet werden. Diese Sofortmaßnahme war aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Situation verschärfte sich dadurch, daß bereits im Jahre 1959 fast 40 Prozent des Ackerbodens durch Dürre und Überschwemmungen betroffen wurden, so daß heute keinerlei Reserven zur Verfügung stehen. Die tatsächlich eingebrachte Ernte wird nach Mitteilung von „Shenminshibao“ auf 45 bis 50 Prozent der Ernte des Jahres 1959 geschätzt. Gegenwärtig versucht man mit Hilfslieferungen an Saatgut von Frühgetreide und Frühgemüse, welche die Comecon-Länder zur Verfügung stellten, zusätzliche Lebensmittel zu beschaffen.

Daß alle diese Maßnahmen den Anschluß an die neue Ernte nicht sicherstellen können und daß ein Volk von über 600 Millionen Menschen vor dem Hunger steht — nach kürzlichen Berichten aus Neu Delhi sind bereits Tausende von Hungertoten zu verzeichnen —, ergibt sich aus einem Alarmruf, den die chinesischen Beobachter an die zuständigen Organe des Rates für gegen-

seitige Wirtschaftshilfe gerichtet haben. Aus diplomatischen Quellen wird bekannt, daß von chinesischer Seite die sofortige Feststellung aller überschüssigen Lebensmittel und Futtermittel und deren umgehende Absendung nach China gefordert wurde.

### Volkskommunen

Weiter wurden zusätzliche Lieferungen an Saatgut und landwirtschaftlichen Maschinen ohne Rücksicht auf deren planmäßige Verwendung verlangt. Die Ostblockstaaten sollen bereits die Übernahme der Kosten für diese Transporte zugesagt haben. Als erstes Land hat die Sowjetunion einen langfristigen unverzinslichen Kredit für diese Lieferungen zur Verfügung gestellt. Andererseits aber ergab es sich, daß eine Lieferung von Futtermitteln angesichts des auch in den Ostblockstaaten bestehenden Engpasses nahezu unmöglich ist und auch Getreidelieferungen keinesfalls in einem Umfang realisiert werden können, der geeignet sein könnte, Hunderte von Millionen Menschen zu ernähren. Das letzte Plenum des ZK der KPdSU hat die Lage der Landwirtschaft in der Sowjetunion zur Genüge gekennzeichnet.

Allem Anschein nach scheint aber die gegenwärtige Katastrophe keineswegs ausschließlich durch Naturereignisse verursacht worden zu sein. Im Herbst 1958 begann die Einführung der Volkskommunen und die Methode der militärischen „Bereitstellung“ von Millionen Arbeitern mittels einfacher Marschbefehle für irgendwelche Großprojekte industriellen Charakters. Menschliche Arbeitskraft sollte die fehlenden Maschinen für eine Gewaltindustrialisierung ersetzen, während gleichzeitig die Volkskommunen alle Bande der Familie und dörflicher Gemeinschaft sprengten. In den letzten beiden Jahren sank die Ernte bereits weiter unter das Niveau der Jahre 1957/58 und erreichte jetzt einen absoluten Tiefstand.

# Ziele, die sie nicht erreichten

Sowjetzonalen Geständnisse im neuen Jahrbuch — SED-Pläne in der Phantasie

In jedem Jahr erscheint in der Sowjetzone ein Jahrbuch, das eine politische und wirtschaftliche Bilanz aufstellt. In dem soeben erschienenen Jahrbuch ist viel zu lesen vom Sieg des Sozialismus und von hochfliegenden Planzielen. Aber das Leben sieht anders aus als die sowjetzonalen Phantasie und so müssen sich die Funktionäre zu bitteren Geständnissen bequemen über die Ziele, die sie nicht erreichten. Das tun sie nicht aus freien Stücken und nicht, weil sie die Wahrheit lieben, sondern weil sie die Bevölkerung mit Ausreden vertrösten müssen — bis zum nächsten Jahrbuch.

DT. Berlin (Eigenbericht)

Seltsam und grotesk zugleich sind die Eingeständnisse der SED in ihrem Jahrbuch. So lesen wir: „Die Kompliziertheit unserer Aufgaben besteht darin, daß das vorgesehene Wachstumstempo der Produktion und der Leistungen ausschließlich durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität erreicht werden muß.“ Das heißt auf deutsch: Da wir keine Arbeitskräftereserven mehr haben, müssen die vorhandenen Arbeiter mehr arbeiten, mehr als je zuvor ausbeutet werden. Und weiter wachsen die Schwierigkeiten.

## Haupt Sorge: Energie

Im Steinkohlenbergbau waren die „geologischen Schwierigkeiten“ schuld, daß die Planziele nicht erfüllt werden konnten. Seit langem ist bekannt, daß die Energielücke sich nicht schließt, sondern weiter auseinanderklafft. Das sieht so aus: „Trotz der Erfolge, die beim Errichten neuer Kraftwerkskapazitäten zu verzeichnen waren, muß jedoch festgestellt werden, daß die im Energieprogramm enthaltenen Ziele nicht erreicht werden.“

Bei der Leichtindustrie ist zu lesen: „Es war nicht immer möglich, bei Baumwoll- und Wollgeweben, die von der Bevölkerung gewünschten Sortiments in ausreichender Menge zur Verfügung zu stellen.“

Unbefriedigend war auch die Qualitätsentwicklung der Textilindustrie. Nachdem die Handelskonferenz die ungenügende Qualität vieler Betriebe kritisiert hatte, wurden Maßnahmen zur kurzfristigen Beseitigung subjektiver Mängel eingeleitet. Diese Betriebe waren „volkseigene“ Betriebe und von einem Sieg des Sozialismus

kann man wohl nicht gut sprechen.

Wie ist es mit den Lederschuhen? Trotz des Imports war es noch nicht möglich, den nach der Preissenkung sprunghaft angestiegenen Bedarf der Bevölkerung voll zu decken.“

## Zu wenig Zeitungspapier

Die Erfolge standen nur auf dem Zeitungspapier. Wie war es damit? „Trotz der guten Gesamtplanerfüllung wurden in einigen Positionen, so z. B. Zeitungsdrukpapier und Pergament-Ersatzpapier, die Planziele nicht erreicht.“

Bis 1962 sollen 772 000 Wohnungen erbaut werden. Einstweilen lesen wir: „Im Jahre 1959 sollten 24 500 Wohnungen in industriellen Bauweisen errichtet werden. Es konnten allerdings nur 15 000 Wohnungen in industriellen Bauweisen gebaut werden.“

Über die sogenannte Bezirksindustrie wird festgestellt: „So wichtige Wirtschaftszweige, wie die Baumaterialien-Industrie, die Guß- und Schmiedestücke herstellenden Betriebe, die Textil- und Konfektionsindustrie erfüllten die geplante Zuwachsraten nicht. In der Planerfüllung der volkseigenen örtlichen Industrie fällt auf, daß fast ein Drittel aller Betriebe ihren Brutto-Produktionsplan nicht erfüllten. Nicht erfüllt wurde z. B. die Produktion von wollenen Obertrikotagen, von Kamm- und Halbkammgarngeweben, von Haushaltswäsche und von Musikinstrumenten.“

Wie steht es mit dem Handwerk? „Während sich in den vergangenen Jahren die Versorgung der Werktätigen mit industriellen Konsumgütern in zunehmendem Maße verbesserte, hält die Befriedigung der Bedürfnisse mit Reparatur- und Dienstleistungen sowie den

kleinen Dingen des täglichen Bedarfs mit den wachsenden Ansprüchen nicht Schritt. Obwohl die Gesamtleistungen des Handwerks ständig wachsen, stagnierten in den letzten Jahren die Reparatur- und Dienstleistungen in den meisten Bezirken. Dadurch wird gegenwärtig die schnelle Steigerung dieser Leistungen sowie die Produktion der „1000 kleinen Dinge“ des täglichen Bedarfs zu einem Grundproblem bei der Erfüllung der ökonomischen Hauptaufgabe.“

Ein Blick auf die Landwirtschaft: „In den Positionen wie Getreide, Speisehülsenfrüchte, Zuckerrüben und Gemüse verlief die Entwicklung nicht so positiv. Hier konnten auf Grund der extremen Witterungsverhältnisse die Hektarerträge von 1958 nicht erreicht werden. Die vorhandenen Kuhbestände wurden nicht ganz erreicht. Da die geplante Milchleistung je Kuh nicht erreicht wurde, ist der Plan nicht erfüllt worden.“

Und dann kommt ein Stück kommunistischen Großwahns. Der brutale Terror der Funktionäre, der die Bauern vor einem Jahr in die landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften zwang, wird hier als „Volksabstimmung“ der Bauern für ihren Arbeiter- und Bauernstaat bezeichnet. Und großspurig wird verkündet, die Zone habe Westdeutschland im Schweine-, Sauen-, Schaf- und Leggehennen-Bestand eingeholt und liege an zweiter Stelle in Europa, aber sie wolle mehr, wolle das Weltniveau erreichen.

Im selben Atem muß jedoch zugegeben werden, daß die sozialisierte Landwirtschaft vor allem bei Milch und Eiern den Stand der damals noch vorhandenen privaten Landwirtschaft noch nicht erreichen konnte. In der pflanzlichen Produktion ist der Plan des staatlichen Aufkommens bei Speisehülsenfrüchten, Kartoffeln und Zuckerrüben nicht erfüllt worden.

Aber es gibt für den Sieg des Sozialismus einen Trost: 250 000 Nagelscheren konnten zusätzlich produziert werden.

# „Grüne Woche“ noch internationaler

## Erster Rundgang durch die Hallen am Funkturm — Viele Attraktionen

„Noch internationaler“, unter diesem Motto steht die „Grüne Woche Berlin 1961“, die am Freitag eröffnet wird. Diese große landwirtschaftliche Schau findet jetzt zum 25. Male statt. Um es gleich vorwegzunehmen: Wir haben nach dem Kriege wohl noch keine „Grüne Woche“ besuchen können, die so viele Attraktionen zu bieten hatte.

### D. Berlin (Eigenbericht).

Unser erster Rundgang am Funkturm führte uns zunächst zu den zehn ausländischen Gemeinschaftsschauen, errichtet von Dänemark, Kanada, USA, Belgien, Niederlande, Frankreich, Italien, Marokko, Schweiz und Österreich. An der Spitze steht Dänemark, dem es im vorigen Jahr mit seinem Stand gelang, den ersten Preis für die Gestaltung zu erringen. Ohne dem Urteil der Jury vorweggreifen zu wollen — auch diesmal haben die Dänen wohl den Vogel abgeschossen. Der Stand wurde in diesem Jahr nicht nur wesentlich erweitert, sondern auch völlig neu gestaltet. Ohne einen einzigen Nagel gelang es dem Architekten, ein so buntes und vor allem appetitanregendes Bild zu zaubern, daß man jetzt schon behaupten kann: Die Dänen kommen mit den 15 000 Smørrebrøds, die sie auf der Grünen Woche verkaufen wollen, nicht aus. Neben dieser Spezialität kann man dort aber auch gegrillte Hühnchen, Schinken und Ei und vieles mehr „futtern“. Auch der dänische Chefkoch Jørgensen kam wieder nach Berlin und wird den Hausfrauen vorführen, wie man dänische Gerichte echt zubereitet. Ihn unterstützen je ein Jungkoch vom Hilton, vom Hotel Berlin und vom Bristol-Kempinski.

### Vom Acker auf den Tisch

Geht man in der Halle West ein Stück weiter, präsentiert sich der kanadische Stand, der den Weg des Weizens vom Acker bis auf den Familientisch zeigt.

Ebenfalls mit der technischen Seite der Landwirtschaft beschäftigt sich die Schau der USA, die wieder den größten Platz unter allen ausländischen Gemeinschaftsausstellungen einnimmt. Mittelpunkt dieses Standes ist der 13 Meter hohe Futtersilo, der das Grünfütter schneidet und in eine Fütterungsvorrichtung weiterleitet. Die

automatische Kette wird fortgesetzt mit einer Melkanlage, die in einem Arbeitsgang Sahne und Milch trennt. Den Abschluß bildet ein Tiefkühlsystem mit Abfüllvorrichtung. Von einer Tribüne aus können die Besucher den gesamten Arbeitsgang, der von einem Mann gesteuert wird, überblicken.

### Leckerbissen

Belgien hat seinen Stand in Halle I Ost wieder in ein Blütenmeer verwandelt. Dazwischen liegen, dekorativ gestapelt, Brüsseler Trauben, Kirschen, Chicorée und nicht zu vergessen die Brüsseler Poularde. Auch Italien bringt seine Blumen mit. Sie umrahmen das köstliche Obstangebot dieses Landes.

Frankreich wieder mit seinen Spezialitäten: Auf der Grünen Woche besteht die einmalige Gelegenheit, frische Austern aus der Mündung des Belon-Flusses und der Bucht von Arcachon zu probieren. Nicht zu vergessen die französischen Käse und Weine.

Aus noch heißeren Breitengraden kommen die Citrusfrüchte, die Marokko auf seinem Stand präsentiert. Ein weiterer wichtiger Exportartikel des nordafrikanischen Königreiches sind die Fischkonserven.

Käse aus den holländischen Niederlanden und zugleich Käse der Schweizer Alpenkühe kann man diesmal in einer Tasche nach Hause tragen. Denn selbstverständlich beteiligen sich die Niederlande wieder vor allem mit ihren nahrhaften Produkten, während sich die Schweiz nicht nur auf die Löcher ihres weltberühmten Käses „beschränkt“, sondern auch ihre Qualitätsschokolade und „harte Sachen“ wie Pflaumen- und Birnenschnäpse mit nach Berlin gebracht hat.

### Blumenhalle in Schwarz

Mit Interesse erwartet die Ausstellungsleitung die Diskussionen um die von dem Garten-

architekten Nimmann gestaltete Blumenhalle (Halle II). Der Architekt ließ sowohl die Fenster als auch die Decke schwarz verhängen und verläßt sich lediglich auf die Wirkung von Scheinwerfern, die bestimmte Arrangements hervorheben sollen. Weiter hat er zum erstenmal zwei Etagen geschaffen. Die von der Treppe kommenden Besucher sehen die unten entlangströmende Menge nicht, sondern in etwa zehn Meter Höhe auf quer durch die Halle „aufgeschüttete“ Stellagen, an deren abfallenden Oberflächen ebenfalls Blumen angepflanzt wurden.

Selbstverständlich werden die Großstädter ihr Interesse auch auf die Tierschau konzentrieren (Halle VIII und VIIIa). Dort präsentieren sich „Familie Schwein“ auf eigens errichteten hölzernen Balkonen, ausgesuchte Zuehrtrinder müssen geduldig ertragen, „angestarrt“ zu werden, während rundherum Federvieh gackert. Der erste „Ausstellungsbürger“ dieser Grünen Woche, ein Kälbchen, kam übrigens erst am Mittwochnachts zur Welt.

### Der ideale Bauernhof

Eine ganz besondere Attraktion ist der vollständige Bauernhof, der in der Halle XI in Naturgröße aufgebaut worden ist. Aus massiven Ziegelsteinen entstanden hier das bäuerliche Heim — übrigens mit allen „Schikanen“ eingerichtet, so wie es sich jede Landfrau nur wünschen würde. Dann die Scheune, die Stallungen usw. „Mittelpunkt“ dieses Musterhofes ist die Elektrotechnik. Hier wird gezeigt, wie Maschinen aller Art den Bauern die Arbeit erleichtern.

Erwähnt seien noch die Sonderschau des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, die unter dem Motto „Agrarstrukturwandlung“ steht, und die Gemeinschaftsschau der Europäischen Wirtschafts-Gemeinschaft (EWG), die den Titel hat: „Wir sind 170 Millionen Europäer in einem gemeinsamen Markt.“

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2